

Posener Zeitung.

Nennundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen:

Annahme-Bureau:

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. F. Naube & Co.,
Hanselmann & Vogler,
Kudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Straßburg
beim „Juwelendank.“

Nr. 67.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 28. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserte 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die
Erzählung zu lesen und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1876.

**Abonnements auf die Posener Zeitung pro
Monat Februar und März werden bei
allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark
64 Pf., sowie von sämtlichen Distributoren
und der unterzeichneten Expedition zum Be-
trage von 3 Mark entgegengenommen, worauf
wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.
Expedition der Posener Zeitung.**

Die polnische Agitation gegen das Sprachengesetz.

Die polnische Presse setzt den Kampf gegen den Gesetzentwurf in Betreff der amtlichen Geschäftssprache fort. Allen voran der „Dziennik Północny“, der seine letzten beiden Artikel, welche sachgemäß und weniger extravagant gehalten waren, von einem Mit-
gliede der polnischen Fraktion bezogen zu haben scheint. In dem
zweiten dieser beiden Artikel macht sich der Verfasser an die Motive,
indem er mit ein wenig Sophistik einen Widerspruch nachzuweisen
sucht, daß im ersten Satz die Sprache als eine Erscheinung anerkannt
wird, worin sich das eigentliche Leben einer Nation kund giebt, und
im zweiten Satz diese richtige Anerkennung dem Staatsinteresse weichen
muß, mithin Nationalitäts- und Staatsbegriff verwechselt wird. Das
gibt dem Zeitungs-Verfasser Gelegenheit gegen den Staat, den
modernen Moloch, welchem die Menschen in die glühenden Arme ge-
legt werden, mit leidenschaftlichen Worten zu eifern. Der „Dziennik“
rationalisiert dabei ganz im Geiste des polnischen Adels, welcher — wie
die Geschichte des ehemaligen Polens zeigt — lieber umgekehrt das
Staatsinteresse den Interessen und dem Belieben einzelner Magnaten
opfert. Wir finden uns nicht veranlaßt, die übertriebenen Deklama-
tionen dieser polnischen Adelszeitung mitzutheilen.

Der liberal-konserervative „Kurjer Północny“, welcher in glücklicher
Unbekanntheit mit unseren Staatseinrichtungen Reichstag und Land-
tag verwechselt, erinnert daran, daß der Reichstag den Rath gehabt
habe, bei den Beratungen der Strafsprachnovelle der Regierung Wider-
stand zu leisten, wiewohl der Reichskanzler den Abgeordneten vorge-
halten hätte, daß sie (2) auf seinen Namen gewöhnt seien. Man sieht,
der „Kurjer“ hat einmal etwas läuten hören, indessen bei der geringen
Aufmerksamkeit, mit welcher er die Angelegenheiten Preußens und
Deutschlands verfolgt, weiß er nicht, ob es im Osten oder Westen, ob zur
Reise oder zur Wette war.

Das Blatt wünscht also dem Reichstage (dem das Gesetz nicht
vorgelegt ist) eine ähnliche Widerstandskraft wie damals. Und während
die deutsche Nation in der polnischen Presse sonst als ein durch
Vandalismus und Kulturlampf und Milliarden moralisch verkommenes
Volk hingestellt wird, steht heute der „Kurjer“ in „das Gerechtigkeits-
gefühl des deutschen Volkes das Vertrauen, daß es durch seine Ver-
treter nicht einwilligen wird, den Polen das abzunehmen, was ihnen
ganz Europa, die Theilmächte nicht ausgeschlossen, als Abschlag (1)
für die politische Selbstständigkeit feierlichst gewährt
hat. Wir stellen diese Frage, (nämlich die Frage, ob der
Reichstag den Vorwurf eines Mangels an Patriotismus nicht
scheuen wird) indem wir auf die politische Einsicht der Deut-
schen rechnen, daß sie nicht einwilligen werden, diese Traktate zu
zerreißen, welche gegenüber Europa der einzige Besitz (1) für die
Theile des ehemaligen Polens sind.“ Europa wird gewiß sehr ruhig
bleiben, und was die Polen betrifft, so haben sie ja jene Traktate nie
als rechtmäßig anerkannt, ausgenommen allerdings in den Fällen, wo
sie Napoleon III. und Reichthum daraus herleiten wollten. Als daher
Napoleon III. die Verträge von 1815 als zerfallen erklärte, hat die
polnische Aktionspartei ihm zugehört.

Nachdem der „Kurjer“ den schon mitgetheilten Plan, an die Lan-
desvertretung Massenpetitionen zu richten, gehörig begründet zu haben
glaubt, giebt er eine Anleitung, in welcher Weise die Petitionsbewe-
gung in die große Masse zu tragen sei. Hauptächlich sollen dazu
Volksversammlungen dienen und das Blatt fordert diejenigen Bürger,
welche schon aus den Zeitungen wissen, „um was es sich handle“, auf,
die Masse „aufzuklären“ und zur Theilnahme an den Versammlungen
zu bewegen. Indessen scheint der „Kurjer“ in die freiwilligen
Angehörungen kein großes Vertrauen zu setzen, denn er will die „Ein-
berufung der Versammlungen nicht dem guten Willen und dem Eifer
der Privatpersonen überlassen“, sondern er verlangt, daß die ganze
Maschinerie der polnischen Parteiorganisation in Bewegung gesetzt
werde und die (Wahl-) Komitees die Sache in die Hand nehmen.

Nachdem der „Kurjer“ hinter dem „Dziennik“, welcher zuerst mit
dem Vorschlag der Massenpetitionen austrat, um einen Tag zurückge-
blieben war, sucht er jetzt seinen Kollegen zu übertrumpfen. Er empfiehlt
deshalb, daß außer den Männern auch Frauen und Kinder die Peti-
tionen unterschreiben. „Nähe es keine Seele geben, ruft er aus, die
nicht vor dem Forum der Volksvertretung Protest erhebt gegen das
Unrecht, das man uns antun!“ und er hofft, daß die Stimmen von
zwei Millionen Petenten im Parlament Wiederhall finden werden.

Wie Viele von diesen zwei Millionen Polen mögen heute wohl
schon wissen, daß sie in kurzer Zeit eine Petition unterschreiben wer-
den? Und wie Viele von diesen werden unterschreiben, ohne daß sie
etwas Anderes von der Sache wissen, um die es sich handelt, als
was ihnen ihre Wortführer darüber mitzutheilen für gut finden?

Für den Fall, daß trotzdem der Landtag den zwei Millionen

Stimmen, welche die Ablehnung des Gesetzentwurfs verlangen, kein
Gehör schenken sollte, will der „Kurjer“, daß auch an den Thron des
Monarchen die Bitten der zwei Millionen gerichtet werden, damit der
König dem Gesetze (dessen Einbringung er selbst genehmigt hat) seine
allerhöchste Sanction verleihe. Recht zweckmäßig ist es, daß der
„Kurjer“ zu gleicher Zeit schon das Schema oder den Entwurf einer
solchen Petition mittheilt, die er nach seinem eigenen Rezept „lernig,
klar und gehaltvoll“ abzufassen suchte.

Nachdem die beiden Hauptorgane des Polenthums in Preußen
mit ihrer Belämpfung des Sprachengesetzes vorausgegangen sind,
werden jetzt auch die kleinen Volksblätter folgen. Einweilen liegt uns
der „Dziennik“ vor, welcher in einem umfangreichen Artikel dieselben
Uebertreibungen variirt, daß der betr. Gesetzentwurf bestimmt sei, die
polnische Nation anzuhäufeln, und die Polen zu Deutschen zu machen,
was dem deutschen Regiment aber nie gelingen werde. Wir versichern
dem „Dziennik“, daß die deutsche Nation auch sehr gern darauf
verzichtet, aus den Polen Deutsche zu machen und haben deshalb gar
nichts dagegen, wenn der „Dziennik“ am Schluß seines Artikels
ausruft:

Fortan müssen wir die Muttersprache nur noch mehr lieb haben,
das polnische Haus, in welchem eine fremde Sprache gebraucht wird,
ist wie von einem Auszuge befallen. Unter den Kindern und unter
der Landbevölkerung muß man gute polnische Bücher verbreiten. Wenn
auch der Muttersprache noch so viel Hindernisse und Feindseligkeiten
in den Weg gelegt werden, so kann man sie doch nicht vernichten,
wenn nicht die Polen sie selbst vernichten. Der Dichter aber sagt:

Sinken kann auch ein großes Volk,
Verkommen nur ein erbärmliches.

Der „Dziennik“ verspricht sich übrigens von den Massenpeti-
tionen keinen Erfolg. „Der Landtag“, meint das ultramontane
Blättchen, „wird das Gesetz annehmen, weil der größte Theil des
deutschen Volkes und der größte Theil der Abgeordneten den Glaube
an Gott (1), den christlichen Glauben (1), die Liebe
zu Gott und damit auch die Nächstenliebe verloren und in seinen
Sorgen das Gefühl der Gerechtigkeit und alle edleren und zarten Ge-
fühle im Allgewein erlöst hat.“

Der kleine Trabant des „Kurjer“ setzt also durchaus kein Vertrauen
in die gottlose deutsche Nation. Er ist wenigstens aufrichtig.

Die Veröffentlichung der beiden Berichte des Reichskanzlers an den
Kaiser in Sachen Arnim hat natürlich Aufsehen gemacht, und in er-
ster Reihe wird die Frage erörtert, welches der eigentliche Zweck der
Publikation ist. Mit Bezug hierauf schreibt man der „Ebf. Btg.“:

Man wird von der Wahrheit nicht sehr entfernt sein, wenn man
annimmt, daß gewisse Kreise die Publikation der Schrift „Pro Nihil“
zum Ausgangspunkt von Intriguen gegen den Reichskanzler ge-
macht haben, und daß die erfolgte Veröffentlichung der Briefe, welche
nach eingeholter Erlaubnis des Kaisers stattgefunden hat, diesen In-
triguen mit einem Schlage ein Ende machen soll, indem sie zeigt, daß
das Vertrauen des Kaisers in den Fürsten Bismarck unverändert ist,
da sonst wohl nicht die Erlaubnis zu dieser Veröffentlichung gegeben
worden wäre. Nach anderer Richtung hin liefern diese Briefe aber
auch den Beweis, daß die Schwierigkeiten, mit denen Fürst Bismarck
zu kämpfen hat, wenn man sie auf keineswegs für gering hält, doch
vielfach unterschätzt werden, denn man muß bedenken, daß Graf Arnim
erst ein volles Jahr nach dem letzten der beiden Berichte von Paris
abgerufen wurde.

Der Sohn des Grafen Arnim sendet übrigens der „Ebf. Btg.“,
welche bekanntlich auf den Brief Arnims über die Äußerungen Bis-
marcks im Reichstag bei der ersten Vorlage des „Arnim-Paragraphe“
zuerst brachte, folgendes Rechtfertigungsschreiben:

„Sehr geehrter Herr Redakteur!
Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte vorgestern zwei Berichte des
Fürsten Bismarck an Se. Majestät den Kaiser.

Da mein Vater sich in Florenz befindet und nicht in der Lage ist,
hinreichend früh sich gegen die darin enthaltenen Anarisse zu vertei-
digen, so erlaube ich mir einzuweisen Ihre Güte in Anspruch zu neh-
men und Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Punkte zu lenken:

1) Die beiden Berichte datiren aus einer Zeit, wo der „Konflikt“
zwischen meinem Vater und dem Fürsten Bismarck bereits in seiner
vollen Schärfe hervorgetreten war.

Die Autorität, auf welche sonst Äußerungen des Fürsten Anspruch
nehmen, wird in diesem Falle durch den Umstand, daß er selbst Partei
ist, herabgemindert.

2) Mein Vater sagte in dem erwähnten Immediatbericht vom
8. April: „Nach allem diesem, kaiserliche Majestät, steht es fest, daß
an irgend einer Stelle die Wahrheit Schiffbruch gelitten hat, und
Allerhöchstdieselben werden nicht anständig aufnehmen, wenn ich unter-
thänigst bitte, den Ort, wo dies geschehen ist, feststellen lassen zu
wollen.“

Fürst Bismarck interpretirte die Worte: „an irgend einer
Stelle“ so, als ob mein Vater eine Untersuchung darüber gewünscht
habe, als ob er selbst oder Herr Thiers der Wahrheit Gewalt an-
gethan hätten.

Es ist ungewiss, ob mein Vater eine andere Stelle gemeint hat, als die vom Für-
sten Bismarck angegebene.

3) Die Telegramme des Fürsten Bismarck, welche mein Vater
angeblich in seinem Immediatbericht verschwiegen hat, waren für
den Vorgang, über welchen er sich zu beklagen hatte, vollständig
irrelevant.

Derselbe bestand aber, wie Ihnen bekannt ist, der Hauptsache
nach darin, daß a) Verhandlungen über die Räumung der Departement-
ments hinter dem Rücken meines Vaters stattgefunden und seine Be-
mühungen illusorisch gemacht hatten, daß b) Sr. Majestät die Berichte
meines Vaters nicht rechtzeitig vorgelegt wurden; denn sonst hätte Se.
Majestät am 12. März keine Befehle geben können, welche seit dem 5.
bereits ausgeführt waren. Hossentlich erhält Fürst Bismarck die Er-
laubnis, auch die von ihm erwähnten grundlegenden Telegramme zu
veröffentlichen.

4) Der Herr Reichskanzler behauptet schließlich in seinem Bericht
vom 14. April 1873, gegen die Berufung meines Vaters nach London
sei von dort aus der heftigste Protest wegen der Neigung Arnims zu
Intriguen und Unwahrheiten eingelegt worden.

Der Fürst Bismarck verschweigt leider, von wem dieser Protest
ausgegangen sei.
Was die Gefinnungen der englischen Regierung anbetrifft, so ist
mir seiner Zeit von authentischer Seite mitgetheilt worden, daß der-
selben die Ernennung meines Vaters zum dortigen Botschafter durch-
aus genehm gewesen sein würde.

Mit vorzüglichster Hochachtung
von Arnim-Schlagenthin.

Der „Arnim-Paragraphe“ steht zugleich auf der Tagesord-
nung der Reichstagsitzung vom 27. d. An interessantem Material
für die Debatte fehlt es nicht, doch ist wohl anzunehmen, daß der
Paragraphe in der Fassung der Regierungsvorlage nicht zur Annahme
gelangen wird, meint die „Ebf. Btg.“

Deutschland.

△ Berlin, 26. Januar. Wie bereits mitgetheilt worden ist, ha-
ben Beratungen des Staatsministeriums in der Eisenbahn-
frage wegen fortdauernden Unwohlseins des Fürsten Bismarck nicht
stattfinden können. Wenn jedoch ein hiesiger Korrespondent versichert,
daß der Finanzminister privatim sich dahin geäußert habe, daß er
am 1. d. überhaupt noch keine Mittheilung über das Projekt erhal-
ten habe; so steht diese Versicherung mit den Thatsachen in offenba-
rem Widerspruch. Wie man hört, ist Seitens des Fürsten Bismarck
eine am 1. d. Mittheilung bereits am 8. d. M. den Mitgliedern
des Staatsministeriums zugegangen und am dem Tage als der er-
wähnte Korrespondent seine Versicherung abgab, lag bereits eine Er-
klärung des Finanzministers über das Projekt vor. — Es ist eine
alte Sache, daß Staatsbeamte, welche den Dienst quittiren, sofort von
der Oppositions-Presse auf den Schild erhoben werden. Diese Ehre
widerfährt jetzt auch dem Präsidenten von Hardenberg. Die
heftigen Blätter versichern schamlos, daß Herr von Hardenberg,
obwohl er von den Kommunalständen für das Oberpräsidium em-
pfohlen worden war, nur deshalb nicht ernannt worden sei, weil er
im Herrenhause nicht immer Stillsitz für die Regierungs-Politik einge-
treten sei. Man übersieht aber bei der Frage die tatsächlichen Ver-
hältnisse. Herr von Hardenberg war thatsächlich nur Vize-Präsident
mit dem Charakter eines Regierungs-Präsidenten; ihn von dieser
Stellung direkt zum Ober-Präsidenten zu ernennen, ohne daß er vor-
her Regierungs-Chef-Präsident gewesen war, würde den amtlichen
Traditionen widersprochen haben. Es wäre ein Sprung in der Be-
amtenhierarchie gewesen. Andererseits kann sich Herr von Harden-
berg nicht über Zurücksetzung beklagen, da der zum Ober-Präsidenten
ernannte Freiherr von Ende vielmals als Regierungs-Chef-Präsi-
dent fungirt, also die dem Ober-Präsidenten nächste Stelle bekleidet hat.

□ Berlin, 26. Januar. Im Reichstage gelangte heute die viel-
besprochene Angelegenheit des Zeugnisszwanges der Re-
dakteure und Mitarbeiter einer Zeitung, welche durch das be-
kannte Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen die Redaktion und
den Verleger der „Frankfurter Zeitung“ im Sommer v. J. eine trau-
rige Berühmtheit erlangt hat, zu einer vorläufigen Entscheidung, in-
sofern der Volksvertretung durch die Petition des deutschen Jour-
nalistentages um den Erlass einer gesetzlichen Vorschrift, wonach im
Falle der Haftbarkeit des Redakteurs jede zwangsweise Ermittlung
eines anderen Schuldigen wegfallen soll, Gelegenheit gegeben wurde,
sich über die Nothwendigkeit auszusprechen, daß im legislativen
Wege der Anwendung derartiger Zwangsmaßnahmen in Zukunft
vorgebeugt werde. Die Kommission beantragte bekanntlich die
Ueberweisung der Petition an die ständige Justiz-Kommission
zur Erörterung und eventuellen Berücksichtigung bei Beratung
der Strafsprockordnung. Sämtliche Redner stellten sich auf
den Boden der Petition und erkannten die schreienden Uebelstände an,
welche das Verfahren der Staatsanwaltschaft für die Freiheit der
Presse zur Folge habe, und nachdem auch der Abg. Sonnemann sich
überzeugt, daß sein weitergehender Antrag, die Petition dem Reichs-
kanzler mit der Aufforderung zu überweisen, dem Reichstage eine be-
zügliche Gesetzesvorlage zu machen, keineswegs eher zum Ziele führen
werde als der Kommissionsantrag, wurde der Letztere fast ein-
stimmig angenommen. Die Annahme läßt also keinen Zweifel
dabei, wie die deutsche Volksvertretung die Frage des Zeugniss-
zwanges und das Verfahren der preussischen Gerichte beurtheilt. Frei-
lich bleibt mit dem Abg. Windthorst zu bedauern, daß die definitive
Lösung der Frage noch gut zwei Jahre, bis zur Ausführung der
Justizgesetze, hinausgeschoben werden kann, aber es läßt sich doch auch
hoffen, daß die dringendsten Uebelstände, welche die Verhaftung von
Redakteuren u. s. w. mit sich gebracht hat, nunmehr nach der unzwei-
deutigen Rundabgabe des Reichstages beseitigt werden. (?)

— Aus Anlaß der Beschlüsse der Justizkommission des Reichsta-
ges, betreffend die Einführung der großen Schöffengerichte an
Stelle der Strafkammern bei den Landesgerichten hat, wie die „Nordd.
Allg. Btg.“ hört, der Justizminister Dr. Leonaardt eine Zirkular-
verfügung an sämtliche Appellationsgerichte und Oberstaatsanwalt-
schaften gerichtet, in welcher er diese Behörden zu einer Meinungs-
äußerung über die Einführung der Schöffengerichtbarkeit bei den
Landgerichten auffordert, um nach Kenntnisaufnahme derselben selbst zu
der von der Justizkommission angeregten Frage Stellung zu nehmen.
Die begutachtenden Behörden sollen, wie im Reskript ausdrücklich be-
tont wird, in ihren Gutachten einen kurzen prägnanten Ausdruck ihrer
Ueberzeugung bieten, frei von jeder eingehenden dogmatischen Erörte-
rung und ausschließlich auf Grundlage einer unbefangenen tatsäch-
lichen Würdigung der rechtlichen, politischen und sozialen Zustände, ob
eine Einführung des von der Justizkommission des Reichstages befür-
worteten Instituts Gefahren für die Rechtspflege, für die öffentliche

— Die Frage wegen Einführung der neuen Kreisordnung

midmen, fälle der Hand des Mannes die Aufgabe des Schaffens zu, ohne Hand würde keine Literatur, kein Fortschritt mit wissenschaftlichen Instrumenten, keine bildende, keine musikalische Kunst möglich sein; mit einem Worte: die Hand sei die Schöpferin unserer ganzen Zivilisation, die Hand allein habe den Menschen zum Beherrscher der Erde gemacht, allerdings als leibliches Organ des Geistes, welcher das Bestimmende sei; der Hand sei der Sieg des Menschen über die Natur, des Geistes über die Materie zu verdanken. — Die Hand habe aber auch eine psychologische Bedeutung, allerdings nicht in dem Sinne, wie die Chiromanten es gewöhnt haben, welche den Charakter des Menschen aus den Linien der Hand lesen und sein Schicksal aus denselben vorherbestimmen wollten. Mehr Sinn habe es, aus der Gesamtstruktur der Hand, sowie aus der Handschrift den Charakter eines Menschen zu beurteilen, indem unweifelhaft ein gewisser Rapport zwischen Seele und Hand existiere und die Hand in gewissem Sinne ein belebtes Organ sei. Zu allen Zeiten habe demnach die Hand eine hohe Bedeutung gehabt: beim Beten, beim Schreien, beim Sehen, beim Begrüßen und beim Abschiede u. c. Ebenso beruhe die Gebärdenrede zum Theil auf der Thätigkeit der Hände, und Völker mit lebhafter Natur bedienten sich der Hände sogar vielfach statt der Sprache oder begleiteten die Sprache mit den lebhaftesten Handbewegungen. Unzweifelhaft sei somit dem Menschen in der Hand ein Organ verliehen worden, dessen hohe Bedeutung nicht genug zu preisen sei, das aber auch nie von ihm gemißbraucht werden möge!

Der erblindete Pianist Krug, aus Posen gebürtig, veranstaltet am Sonnabend in der Aula des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums ein Konzert, wobei derselbe von dem Sängerkor des kgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums unterstützt werden wird. Der unglückliche Mann ist gegenwärtig von allen Mitteln entblößt und liegt überdies eine Gattin schwerkrank darnieder. Außer kleinen Unterstützungen, welche ihm von Bekannten zufließen, muß er seine Hoffnung für den Augenblick völlig auf den Erfolg des Konzertes setzen, von dem er hofft, daß es ihn in Familien bekannt machen wird, welche in der Lage sind, ihn mit der Ertheilung von Unterrichtsstunden zu beauftragen. Das Konzert wird demnach nicht allein insofern Genuß bereiten, als sich dabei zeigen wird, welchen hohen Grad von Virtuosität der Blinde auf dem Pianoforte zu erreichen im Stande ist, sondern es wird durch den Besuch dieses Konzertes auch Gelegenheit geboten werden, einer ohne Verschulden unglücklichen Familie Hilfe zu leisten.

Auf dem Centralbahnhof verbrach gestern Nachmittags beim Ausladen eines Güterwagens ein Ballon mit Terpentinspiritus, so daß eine große Menge desselben auf die Erde flog. Wahrscheinlich verflüchtete am Abend Arbeiter, noch etwas von der verschütteten Flüssigkeit zu retten, und kamen derselben mit Licht zu nahe; denn plötzlich entzündete sich der vergossene Terpentinspiritus und loderte hoch empor. Glücklicherweise war inzwischen jene Gesellschaft von Güterwagen bereits entleert. Der Brand wurde von den Bahnarbeitern rasch gelöscht.

Ein Gärdenbrand entstand vor einigen Tagen in einer Wohnung auf der Dominikanstraße dadurch, daß der durch das Decken des Fensters erzeugte Luftzug die Flamme eines brennenden Lichtes gegen die Gardinen trieb. Es gelang den Bewohnern, den kleinen Brand alsbald zu löschen.

Diebstähle. Eine Kiste, welche am 25. d. M. von einem Rollwagen auf der Fahrt vom Bahnhof nach der Stadt abhanden kam, hat sich bei einem hiesigen Restaurateur vorgefunden, wohin sie ein Kellner, der sie gefunden, zur Aufbewahrung gebracht hatte. Der Restaurateur hat die Kiste, sobald der Besitzer ermittelt war, demselben zugestellt. — Aus unverschlossener Stube an der Wronkerstraße ist ein Mannshemde und etwas Geld gestohlen worden. — Auf der St. Adalbertstraße wurden vor einiger Zeit aus unverschlossener Stube ein Paar Beusstiefeln mit Doppelsohlen und rothem Futter, ein Paar Lackstiefeln, eine bunte, innen graue Steppdecke und eine roth und weiß gestreifte Schürze gestohlen. — Einem Sbediteur sind aus einer Kiste auf der Schuhmacherstraße durch Abreißen des Vorlageschlusses aus zwei Rollen, welche dort lagerten, ein Stück von c. 50 Meter schwarzen sogenannten Biberstoffes im Werthe von etwa 20 M. und 3 Stück a 40 Meter reibfarbig gerippten Folenzeuges (Dambre), im Werthe von zusammen 72 M. gestohlen worden. — Aus einer der Domturmen wurden am 25. d. M. Abends gegen 8 Uhr aus verschlossener Stube mittelst Einsteigens in das Fenster mehrere Silbergegenstände gestohlen. Der Eigentümer kam hinzu, als der Dieb sich noch im Stalle befand, und versuchte, ihn festzunehmen; doch gelang es demselben, durch das Fenster zu entkommen.

Frankfurt, 26. Januar. [Tag der Ergebnisse. Krankenpflege.] Bei der gestern im Alt-Laubener und Brieschiger Bruch abgehaltenen Jagd auf Schweiß wurden 7 Rotzbirde und einige Birkhühner geschossen. Hier von schoss Leutnant Hoffmann vom 2. Leib-Gasaren-Regiment Nr. 2 allein 5 Rotzbirde. Die Besitzer von Vän-Langenau u. A. werden durch dieses Bild, das hier in großer Menge vorhanden ist, stark gefächelt, denn Fische und Rehe grasen scharenweise auf den grünen Säeten; ja sogar Wildschweine lassen sich vereinzelt blicken. — Nach dem 4. Jahresbericht des hies. Diakonissenvereins wurden von den beiden hierorts befindlichen Schwesterhäusern im verflossenen Jahre 94 Kranke versorgt. Von diesen sind 26 gestorben, 9

in Pflege verblieben, 79 gehörten der Stadt und 15 den Landgemeinden an, 83 waren evangelischer, 5 katholischer und 6 jüdischer Konfession.

r. Wollstein, 26. Januar. [Präparandenanstalt. Missionshilfsverein.] Die in Kottarschemo unter Leitung des dortigen evangelischen Pfarrers Herrn Weber seit mehreren Jahren bereits bestehende vom Staate unterstützte Lehrpräparandenanstalt wird in nächster Zeit wiederum drei Jüglinge nach dem löschmner Seminar entlassen und in hierdurch in den Stand gesetzt, mehrere neue Jüglinge aufzunehmen. Die betreffenden Meldungen müssen jedoch bis spätestens zum 1. Mai cr., bei dem Dirigenten der Anstalt eingehen. — Nach dem so eben ausgegebenen Rassenberichte des hiesigen Missionshilfsvereins für die Zeit vom 8. Sept. 1874 bis zum 31. Dec. 1875 betrug die Einnahme desselben inkl. des Bestandes von 8724 M. 567,25 M. Die Ausgabe belief sich auf 485 91 M. und es verblieb demnach ein Bestand von 8134 M. — 316 M. wurden der Muttergesellschaft der Mission nach Berlin gesandt.

Nowitsch, 26. Januar. [Sozialdemokratische Volksversammlung.] Für den gestrigen Tag wurden die hiesigen Einwohner durch Anschlagzettel zu einer Volksversammlung im Jeltsch'schen Saale eingeladen. Dasselbst hielt Photograph Runders aus Breslau einen längeren Vortrag über den Geleitzentwurf betreffend die gegenseitigen Hilfskassen, den er als eine entschiedene Reaktion und als einen Rückschritt zu der Zukunftsvorstellung bezeichnete. Redner schied von der irrigen Voraussetzung auszugehen, daß alle Kassen, die sich den Normalbedingungen nicht unterwerfen, durch den betreffenden Geleitzentwurf verboten werden sollen, während dieselben bekanntlich ruhig fortbestehen können und nur gewisser Rechtstheorie nicht theilhaftig werden. Die Bemerkung des Redners, daß es unbillig sei einen Arbeiter von 16 Jahren zu Beiträgen für die Krankenkassen zu zwingen, ohne ihm Stimmrecht einzuräumen, weil ein Arbeiter von 16 Jahren oft ein besseres Urtheil über Krankheitsangelegenheiten wie einer von 50 Jahren, schien sich auch nicht des unangelegten Beifalls der Versammlung zu erfreuen. In einer zweiten Rede, in der er sehr heftig gegen den hier vor kurzer Zeit ins Leben getretenen Bildungsverein auftrat, führte er aus, daß die Bildung, welche von den Doktoren, also den Männern der Wissenschaft, verbreitet würde eine falsche sei und verhönte die Einrichtung von Volksbibliotheken u. s. w. Daß er durch diese Ausführung anerkannte, wie unangenehm den Führern der Sozialdemokratie jede nicht tendenziöse Aufklärung des Volkes ist und daß er auf diese Weise für den Bildungsverein wirksame Klämme mache, schied dem Redner entgegen zu sein. — Wie wesentlich die Hilfskassen für unser wirtschaftliches Leben sind, dürfte sich daraus ergeben, daß am hiesigen Orte 18 verschiedene Sterbekassen bestehen, bei denen 1781 Personen als Mitglieder theilhaftig sind, und die ein Vereinsvermögen von 31,184 Mark besitzen.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Berlin, 26. Januar.** [Zur Affaire Strousberg.] Ueber den Verlauf des Strousberg'schen Konkursverfahrens in Oesterreich wird aus Prag gemeldet: Mit dem 23. Januar ist der Anmeldestermin im Konkursverfahren Strousberg's abgelaufen. Die Anmeldungen haben, wie es bei dem großen Umfange der Strousberg'schen Geschäfte leicht voraussehen war, riesige Dimensionen angenommen. Es sind bis zum 23. d. gegen 2000 eingelaufen. Die Liquidations-Tagfabriken, die nur am Sonnabend abgehakt werden, dürften sich auf zwölf Wochen erstrecken. Dieselben werden derart geführt werden, daß vor Allem die erste Klasse der Konkursanmeldungen (als: Waffelstein, Lb- und Arbeitslöhne, Steuern, Forderungen der Finanzprokuratur) zur Erledigung gelangen wird. Nach dem bisherigen Stande des Konkursvermögens dürfte für die Forderungen der zweiten und dritten Klasse kein Kreuzer herauskommen. Es ist dies erklärlich, wenn wir in Anbetracht ziehen, daß das unbewegliche Vermögen Strousberg's völlig unantastbar ist. So ist die Domäne Pirow ganz verpfändet, die Werke ebenfalls. Auf einen großen Theil der Industriellen hat die „Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin“ das Eigentumsrecht erwirkt: die Waggonfabrik zu Buzna geht wieder in den Besitz der Aktiengesellschaft zurück und zwar mit einem Verlust für Strousberg von 117,000 Fl.; die schlagartiger Kohlenwerke schließlich sind zum größten Theil noch auf den Namen des früheren Besitzers, des Barons Silberstein, grundbücherlich einverleibt. Was nun das bewegliche Vermögen des Konkursanten anbelangt, so haben hierauf größtentheils kaufmännische Gläubiger das Vordrecht erworben. Der große pirower Marshall heilsweise ist zu Gunsten des Gläubigers Henry Marchot aus Lüttich veräußert worden. Es blieben noch die Villen bei Stankau, welche aber theilweise dem Strousberg jun. grundbücherlich zugesprochen sind. Die übrigen kommen demnach zum Verkauf in öffentlicher Auktion. Von großer Bedeutung für die Waffelstein wird das Schätzungsresultat der von Strousberg beim Bau der „Baaathalbahn“ geleisteten Arbeiten sein. Die Vergütung für diese Bauarbeiten könnte schwerwiegend in die Baaathalbahn des Konkursvermögens fallen. Jedenfalls steht aber das Verhältnis des Aktivvermögens zu den Passiven wie 6 zu 1. Es erübrigt noch, der Verhandlungen zu gedenken, die zwischen der Konkursbehörde und der

französischen Regierung geführt werden, um die Ration für die österreichische Waffe zurück zu erwerben, welche Strousberg bei Erlangung der Konfession zum Bau der Marzelle-Karlsruhe-Bahn hinterlegen mußte. Jüngst ist ein diesbezügliches Schriftstück aus Paris eingelaufen, wonach das österreichische Konsulat zu Paris, vom Tribunal de la Seine, an welches es bittlich geworden ist, die Zustimmung erhalten haben soll, daß die österreichische Konkursmasse in jeder Hinsicht begünstigt werden wird und daß Anhalten getroffen werden, daß die Ration für die Waffe frei wird, in so weit sie noch nicht von anderen Gläubigern, die Strousberg unbedingt in Frankreich hat, belegt ist und ihr auf diplomatischen Wege zugeführt werden soll. Das Verhalten der französischen Behörden gegenüber den österreichischen erhobenen Wünschen und Ansprüchen ist ein ungemein vortheilhaftes, so schließt die erwähnte Zuschrift des österreichischen Konsulats aus Paris.

**** Chemnitz, 26. Januar.** [Produkten-Börsenbericht von Hermann Jastrow.] Wetter: hell und freundlich. Weizen unverändert matt; gelber 200—213 M., weißer 210—220 M. Roggen nur seine Waare zu verwerthen, 170—180 M. Gerste nominell, 150—186 M. Hafer fest, 150—165 M. Erbsen, Maltz- und Futter, 150—160 M. Mais 120—130 M. Alles per 1000 Kilo. Weizenmehl Nr. 00 32,00 M., Nr. 0 30,00 M., Nr. 1 27,00 M. Roggenmehl Nr. 0 25,00 M., Nr. 1 24,00 M. per 100 Kilo.

Vermischtes.

*** Stallupönen, 22. Januar.** Der Einbruch, welcher in der Nacht vom 18. auf den 19. d. M. im hiesigen Gerichtsgebäude geschah, bildet augenblicklich das allgemeine Stadgespräch. In jener Nacht hat man die Mauer, welche den Hof umgibt, der zum Gerichtsgebäude gehört, überkriegen, dann das Fenster eingedrückt und aus dem Zimmer Nr. 1 verschiedene Akten entwendet, welche auf dem Tisch gelegen haben sollen. Dieselben beziehen sich auf eine Untersuchungssache wider einen hiesigen Bäckermeister. Auch soll damit eine Urkunde, welche die Dabel (ein Weibekind, den Bürger der Stadt von Friedr. Wilhelm I. geschenkt) betraf, verschwunden sein. Als der Thäterhaft verdächtig hat man bereits mehrere Personen gefänglich eingezogen. (R. S. 3.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wäner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. Januar. Der Reichstag setzte die Berathung über die Strafgesetznovelle fort und lehnte Paragraph 128 ab (Theilnahme an geheimen Verbindungen mit unbekannten Oberen), ferner lehnte er einstimmig Paragraph 130 ab (Aufreizung der Bevölkerungsklassen gegeneinander, Belämpfung der Institutionen der Ehe, Familie und des Eigentums). Zu letzterem Paragraph gab Minister Eulenbarg eine eingehende Schilderung der sozialdemokratischen Organisationen und Aitationen in Deutschland, welche bei internationalen Tendenzen auf revolutionären Wegen die rothe Republik, den Kommunismus und Atheismus anstrebten und die Arbeiter durch Erregung von Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung durch Erwedung bisher unbekannter Bedürfnisse aufreizten. Zur Belämpfung dieser Bestrebungen reichten die bisherigen Strafbestimmungen nicht aus, als Waffen seien neue Strafbestimmungen notwendig, um zu verhüten, daß vereint die blanke Waffe gezogen werden müßte.

Erklärung.

Dormowo, 26. Januar. Der Redakteur des „Dredownil“ veröffentlichte unter dem 15. d. M. in Nr. 7 seines Blattes folgende Zeilen: „Nauzeyciol Fennig z Dormowa trzyma się mocno p. Kika i namawia ludzi do uczeszczenia na nabozenstwo.“ (Der Lehrer Fennig aus Dormowo hält sich stark an Herrn Kik und bereitet die Leute, seinen Gottesdienst zu besuchen). Hierdurch glaubt mich derselbe zu compromittiren, welcher Meinung ich nicht bin; ich werde nur die Akten und den: „D Traurigkeit, o Herzeleid u.“ Wäge der heilige Geist herabkommen und ihn besser erleuchten. Ich bin vielleicht ein ebenso braver Katholik, wie der Herr Redakteur des „Dredownil“, handle aber nach meiner eigenen Ueberzeugung und mein klarer Verstand sagt mir, daß Pflicht und Gewissen es von mir fordern, nur den Zweck zu verfolgen, welchen die königliche Regierung bei den gegenwärtigen Zeiten im Auge hat.

Wenn es im „Dredownil“ weiter heißt: „Obok tego jest wielu innych apostołów i szermierzy p. Kika“ (außerdem giebt es noch viele andere Apostel und Streiter des Herrn Kik), so glaube ich, müßte sich wohl der „Dredownil“ zuerst bei der eigenen Nase fassen und seine Propheten und Apostel veröffentlichen, die er ja nur dazu hat, um das gewöhnliche Publikum im Wahn und Irrthum erhalten zu können. Zum Schluß dem Herrn Redakteur des „Dredownil“ meinen verbindlichen Dank für die Dummheit, die er hierdurch an den Tag gelegt hat.

A. Fennig, Lehrer.

Neues Posener Adreßbuch.

Dem verehrten inserirenden Publikum erlauben wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß wir mit dem Druck des neuen Adreßbuchs begonnen haben und solchen so schnell wie möglich zu beenden gedenken. — Die für das Adreßbuch bestimmten

Inserate

bitten wir uns so bald denn irgend thunlich, spätestens aber bis zum 15. Februar aufstellen zu wollen, da wir ein systematisches Arrangement der Inserate nach ihrem Inhalt beabsichtigen und später eingehende Annoncen durch einen besonderen Nachtrag publicirt werden müssen. Selbstverständlich werden die nicht in systematischer Ordnung erscheinenden Inserate weniger die Aufmerksamkeit des Publikums erregen, als die in geordneter Reihe erscheinenden.

Die rechtzeitige Aufgabe der Inserate liegt deshalb im eigenen Interesse der resp. Besteller und werden Annoncen sowohl in unserem Comptoir als auch von Herrn E. Welmann sowie Herrn Lindner entgegen genommen.

Inserationspreis für die ganze Seite 30 Mark, 1/2 Seite 16 Mark, 1/3 Seite 11 Mark und 1/4 Seite 8 Mark.

Nach Fertigstellung des Drucks tritt ein erhöhter Preis für das Adreßbuch ein, weshalb wir auch Abonnements auf dasselbe möglichst rechtzeitig erbitten.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.
(Emil Röstel).

30 fette Sammel
stehen zum Verkauf Terzylowo
bei Tremessen.

Aufforderung.

Die mir zum Färben übergebenen und noch nicht abgeholtten Handschuhe ersuche ich bis spätestens den 6. f. Mts. abholen zu lassen, andernfalls ich dieselben dem Färber anstatt des Färbelohns einfinden werde.

C. Kartmann,
Lindenstr. 6, II. Stock.

Für Schneiderinnen.

Spitzen, Franzen, Befäße, Knöpfe, gute Nähmaterialien, empfiehlt zu den billigsten Preisen

With. Neuländer,
Markt 60, Ecke Breslauerstraße.

Scheermaschinen

für Pferde und Rindvieh sind in bester Qualität zu billigsten Preisen vorrätig bei

C. Preiss,

Breslauerstraße 2.
Vergleichen werden daselbst auch sorgfältig geschärft und reparirt.

Handelschule und kaufm. Hochschule zu Gera.

Am 20. April d. J. Beginn des 27. Schuljahres. Allgemeine und handelswissenschaftliche Ausbildung jüngerer (nicht unter

13 Jahr alt; Cours: 3—4jährig) und Fortbildung älterer aus den höheren Klassen der Gymnasien, Realschulen u. oder aus der kaufm. Praxis u. kommander Jüglinge (Cours: 2jährig, nur bei ganz vorzähl. Vorkenntnissen weniger; für solche, die kein Reifezeugniß beantragen, akademische Einrichtung, auch semestrale Verpflichtung und

Auswahl unter den Kollegien). Die Reifezeugnisse der Anstalt berechnen zum 1jähr. Freiwilligendienst in der deutschen Armee.

Ueber Schulbesuch aus In- und Ausland, Aufnahme, Lehrgang, Unterkunft u. Näheres durch die Prospekte. (H. 0351.)

Gera, 20. Januar 1876.

Direktor Dr. Ed. Amthor.

Meine neu konstruirten

Bier-Luftdruck-Apparate

mit Musik!

bis heute alles andere in diesen Artikeln überragend und noch nicht da gewesen, erregen die größte Aufmerksamkeit und geben zu mancherlei Spaß Veranlassung, halte bei soliden Preisen bestens empfohlen. Zahlung nach Uebernahme. Jeder von mir gelieferte Apparat, welcher nicht zur Zufriedenheit ausfällt, wird von mir unentgeltlich zurückgenommen. (H. 111a.)

A. Schmidt, Kupferschmiedemeister,

Stettin, Breitestraße 7.

